

In Bern geht es auch zu fünft

Die Regierung der Hauptstadt kommt seit vierzehn Jahren mit weniger Mitgliedern aus

Eine Initiative sieht vor, dass Zürich seine Exekutive verkleinert. Bern hat dies bereits 2004 getan. Doch schon werden wieder Stimmen laut, welche die Schrumpfkur rückgängig machen möchten – aber nicht wegen schlechter Erfahrungen.

VALERIE ZASLAWSKI, BERN

Für einmal war Bern schneller: In der Aarestadt besteht die Regierung bereits seit 2004 nur noch aus fünf statt wie vorher aus sieben sogenannten Gemeinderäten. Und am 24. September entscheiden auch die Zürcher Stimmbürger, ob ihr Stadtrat verkleinert werden soll – von neun auf sieben Mitglieder. Im Abstimmungskampf wird von den Befürwortern der Schrumpfkur denn auch gerne das Beispiel Bern herangezogen, sind die Erfahrungen mit der Redimensionierung dort doch grundsätzlich positiv.

Die Berner Volksinitiative wurde im Jahr 2003 von den Jungfreisinnigen und der FDP lanciert, kurz bevor ihr mittlerweile verstorbener Polizeidirektor Kurt Wasserfallen von der links-grün dominierten Exekutive entmachtet worden ist – wegen eines angeblich «gestörten Vertrauensverhältnisses» zwischen ihm und dem Polizeikommando. Das Hauptargument der Berner Liberalen für die Verkleinerung lautete nicht etwa mehr Macht, sondern: «Mehr Effizienz in der Stadtregierung!» Man wollte sich wieder auf das politisch Bedeutsame konzen-

«7 statt 9»

Abstimmung in der Stadt Zürich vom 23. September 2018

trieren. Denn, so wurde behauptet, die Querelen um Wasserfallen hätten nur entstehen können, weil die Regierung zu viel Zeit (zum Streiten) gehabt habe.

Aus den Streitereien entstand ein generelles Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Politik, welches der Initiative erst recht Aufwind verliehen hat. Christian Wasserfallen, Sohn des verstorbenen Polizeidirektors und heutiger FDP-Nationalrat, stand in jener Zeit für seine Partei auf der Strasse und sammelte Unterschriften. Rückblickend sagt er: «Die Leute sind beinahe Schlange gestanden.» Die Meinung, wonach selbst fünf Regierungsräte noch zu viel gewesen wären, sei weit verbreitet gewesen.

Selbst die Regierung war dafür

Überraschend war in der Stadt Bern, dass – anders als in Zürich – selbst die Regierung das Anliegen unterstützte. Auch sie führte das Argument der gesteigerten Effizienz in ihrer Medienmitteilung von 2003 auf: Eine Regierung mit fünf Mitgliedern finde eher zu Entscheiden als eine mit sieben, hiess es. Ob dem so ist, kann heute allerdings niemand mehr so genau sagen. Denn wegen der Amtszeitbeschränkung ist keiner der damaligen Gemeinderäte mehr Teil des jetzigen Gremiums. Der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried (gfl.) sagt auf Anfrage indes: «Die heutige Fünferbesetzung ergibt Sinn, wir arbeiten gut zusammen.» Auch bezeichnet er die Arbeit als «effizient». Von einer Überforderung spricht von Graffenried nicht – selbst für repräsentative Aufgaben bleibe Zeit. Und wer, wenn nicht der «Stapi», wird es wissen.

Schwerer als die Effizienz gewichtete die Stadtregierung damals aber ohnehin das Argument der Kantonalisierung: So wurden bereits vor Lancierung der Initiative Aufgaben aus der direkten Verantwortung der Stadt entlassen und an den Kanton übertragen, wodurch die Stadtverwaltung von rund 4500 auf rund 2900 Vollzeitstellen schrumpfte. Die Führungsspitze sollte dem Aufgaben- und Verantwortungsvolumen angepasst werden. In Zürich gibt es diese Dringlichkeit nicht (siehe Zusatz). In der Zwischenzeit ist aber auch in Bern der Verwaltungsapparat wieder gewachsen, zum Unmut der Bürgerlichen.



Der amtierende Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried hält die Fünferbesetzung für sinnvoll.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

Auch wurde in jener Zeit das Argument eines Spareffekts ins Feld geführt: Einsparungen von bis zu 5 Millionen Franken sollten durch eine Verkleinerung erzielt werden. Es ist jedoch schwer zu sagen, ob der Spareffekt auch wirklich eingetroffen ist. Denn: Eine Evaluation hat nie stattgefunden. Dafür hat Bern zahlreiche Sparpakete hinter sich. Ausserdem hat das Volk damals nicht nur zur Redimensionierung des Gemeinderates Ja gesagt, sondern auch zu einer Plafonierung der Exekutivgehälter auf 200 000 Franken, was das Budget der Stadt ebenfalls beeinflusst haben dürfte.

Die Angst der Minderheiten

Die Gegnerin der Initiative war in Bern – und ist in Zürich – die Linke. Ihr Argument: Die Stimmberechtigten seien durch eine Verkleinerung nicht mehr angemessen repräsentiert. Dieser Meinung ist von Graffenried auch heute noch: Die Repräsentanz sei der grösste Nachteil der Reform, sagt er. Mit sieben Regierungsgliedern liessen sich die politischen Kräfte schlicht besser abbilden als mit fünf.

Zudem fürchteten in Bern die kleineren Parteien, dass sie durch eine Redimensionierung an Einfluss verlören. Eine Fünferbesetzung des Gemeinderats gefährde die personelle und politische Vielfalt der Stadtexekutive, sagte beispielsweise der damalige CVP-Stadtrat

German Kalbermatten während der Parlamentsdebatte. In Zürich gehören CVP, BDP und GLP hingegen zu den Befürwortern.

Ironischerweise hat sich die Verkleinerung in Bern gerade für die Linke und die kleineren Parteien ausgezahlt. So sind heute vier von fünf Sitzen in rot-grüner Hand; der fünfte Sitz wird durch die CVP besetzt. Die Initiatorin FDP ist im Fünfergremium hingegen nicht mehr vertreten. Die Verkleinerung des Gemeinderats wird für das Malaise indes kaum verantwortlich gemacht. Vielmehr wird in Bern heute gegen das Proporzwahlssystem geschimpft, dessen Grundidee es eigentlich ist, alle Kräfte angemessen einzubeziehen. Doch für die Wahl des Berner Gemeinderates bewirkt es genau das Gegenteil: Hier werden die grossen überparteilichen Listen – wie jene des Rot-Grün-Mitte-Bündnisses oder jene der Mitteallianz mit CVP, BDP, Grünliberalen und EVP – bevorteilt. FDP-Nationalrat Wasserfallen sagt dazu selbstkritisch: «Die Bürgerlichen sind selber schuld, wenn sie es nicht schaffen, sich für eine gemeinsame Liste zusammenzurufen.»

Neue Ideen kursieren

«60 Prozent der Stimmenden stellen in Bern vier von fünf Regierungssitzen – mit diesem Demokratieverständnis habe ich

Mühe», findet hingegen Claudine Esseiva, FDP-Stadträtin und ehemalige Generalsekretärin der FDP-Frauen. Sie zeigt sich denn auch ambivalent, was die Redimensionierung angeht. Damals sei dies ein guter Entscheid gewesen, doch es brauche eine gewisse Pluralität. Esseiva setzt sich als Vorstandsmitglied des parteiübergreifenden Vereins «Bern neu gründen» auch deshalb für eine Fusion der Aussengemeinden ein. Dadurch könnte Bern zur zweitgrössten Stadt der Schweiz heranwachsen. In diesem Fall könnte sich Esseiva vorstellen, dass der Gemeinderat wieder vergrössert wird: «Vielleicht ist sieben die richtige Zahl.»

Welchen Einfluss eine Fusion auf die politische Partizipation hätte, untersuchte das Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern: Die Autoren der Studie schlagen nicht nur sieben Gemeinderäte mit neuen Ressorts vor, sondern auch die Rekommunalisierung der Polizei sowie die Einführung von Wahl- und Verwaltungskreisen – ähnlich wie in Zürich.

Eine Gemeindefusion im grossen Stil ist in Bern aber Zukunftsmusik. So findet auch Wasserfallen, der eine wesentlich aktivere Zusammenarbeit zwar begrüßen würde, man solle sich nicht gleich den letzten Schritt anschauen. Es handele sich dabei um eine Vision, einen Endzustand in ferner Zukunft. Und bis dahin «langed foif vöörig!».

In Zürich ist die Aufgabenlast wesentlich grösser

dfr. · Die Verwaltungen von Bern und Zürich lassen sich nicht eins zu eins vergleichen. Zum einen führt ein Stadtrat an der Limmat im Schnitt deutlich mehr Mitarbeiter als ein Gemeinderat an der Aare, nämlich 3000 statt 640. Zum anderen ist die Aufgabenlast der Zürcher Administrative wesentlich grösser. Leistungen, die in anderen Gemeinden von ausgelagerten Organisationen, dem Kanton oder privaten Trägerschaften übernommen werden, sind in Zürich nach wie vor Teil der Verwaltung. Zu nennen wären etwa die Stadtpolizei, die Verkehrsbetriebe, die Gesundheitsversorgung mit den Stadtspitälern Triemli und Waid, Pflege- und Alterszentren, Kulturinstitutionen wie das Helmhaus oder das Museum Rietberg, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Abfallentsorgung.

Das Zürcher Stadtparlament steht Auslagerungen oder Privatisierungen in der Regel skeptisch gegenüber. Als der Stadtrat vor ein paar Jahren das Elektrizitätswerk zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt umwandeln wollte, trat es noch

nicht einmal auf das Geschäft ein. Solange die Verwaltung derart viele Aufgaben zu bewältigen habe wie heute, müsse man auch nicht über eine Reduktion der Regierungsmitglieder sprechen, meinte kürzlich der Alt-Stadtrat Andres Türler (fdp.). Genauso sieht es ein parteiübergreifendes Komitee, das die «7 statt 9»-Initiative bekämpft, die im September zur Abstimmung kommt. Letzte Woche hat es seine Argumente dargelegt. Vertreter von SP, Grünen, AL und EVP sowie Alt-Stadtrat Gerold Lauber (cyp.) warnten vor einer Annahme. Gemeinderätin Katharina Praelicz-Huber (gp.) sagte, eine Reduktion der Stadtratsmitglieder von neun auf sieben zöge zwingend eine Reduktion der Aufgaben nach sich. Dies bedeute nichts anderes als Auslagerung oder gar Privatisierung von Betrieben wie EWZ, VBZ, ERZ oder den Stadtspitälern. «Dies kommt für uns nicht infrage», sagte Praelicz-Huber. Die Betriebe sollten auch in Zukunft in städtischem Besitz und damit unter demokratischer Kontrolle und Steuerung bleiben.

Die Gegner der von einer parteiunabhängigen Gruppierung lancierten Initiative sprechen von «Privatisierungstendenzen durch die Hintertür». Zudem bände «7 statt 9» in hohem Masse Energien und Ressourcen der Stadtregierung, ohne dass ein nennenswerter Mehrwert erkennbar wäre. Mit einer Reduktion der Zahl demokratisch legitimer Stadtratsmitglieder nähme lediglich die Macht der demokratisch nicht legitimierten Verwaltungskader zu. Aufgaben würden einfach von einer Ebene an die nächste weitergegeben. Für SP-Gemeinderat Jean-Daniel Strub belegt der vor kurzem aufgedeckte Skandal beim städtischen ERZ, dass eine vermehrte Machtballung aufseiten der Verwaltung unerwünschte Konsequenzen haben kann. Dennoch gibt es auch im Kontrastkomitee die Einsicht, dass die heutige Verwaltungsstruktur reformbedürftig sei. AL-Gemeinderat Walter Angst etwa hält es für «unbestritten», dass die Energieversorgung, die heute auf drei Betrieben aufgeteilt ist, zusammengeführt werden müsse.

Verkürzte Züge als Folge der Sommerhitze

-yr. · Wegen eines Engpasses bei der Instandstellung des Rollmaterials verkehren einzelne Kompositionen auf dem Zürcher S-Bahn-Netz mit verkürzten Zügen. Daran ist laut den SBB die Hitze-welle schuld. Im Lauf des Juli habe sich die Verfügbarkeit des Rollmaterials bei der S-Bahn immer mehr verschlechtert, zitiert der «Sonntags-Blick» aus einer E-Mail der SBB an die Präsidenten der Regionalen Verkehrskonferenzen. Deshalb komme es zu einem temporären Abbau des Angebots in Form von verkürzten Zügen. Als hauptsächlichen Grund für den Engpass nennen die SBB Personalmangel bei den Instandstellungswerken, insbesondere in der Werkhalle in Zürich-Herdern. Ein SBB-Sprecher ergänzt, ursächlich hänge die Kürzung der Kompositionen mit vermehrten Defekten aufgrund der Hitzewelle zusammen.

Betroffen sind die Linien S 8, S 9 und S 25. Ursprünglich hätte die Notmassnahme am 17. August, zum Ende der Zürcher Schulferien, aufgehoben werden sollen. Mit verkürzten Zügen müsse nun aber auch in den kommenden Wochen gerechnet werden, zitiert der «Sonntags-Blick» einen SBB-Sprecher. Für die Pendler und Pendlerinnen bedeuten die kürzeren Kompositionen weniger Sitzplätze.

IN KÜRZE

Auch Christian Lucek will in den Regierungsrat

sho. · Laut einer Meldung des «Tages-Anzeigers» bewirbt sich Christian Lucek als Kandidat der SVP für den Regierungsrat. Der 53-jährige Berufsmilitär in der Luftwaffe gehört seit 2011 dem Kantonsrat an, wo er sich primär mit den Themen Verkehr und Energie befasst. Seit Juli ist er ausserdem Hochbauvorstand der Gemeinde Dänikon im Bezirk Dielsdorf. Neben Lucek wollen bis anhin auch Nationalrätin Natalie Rickli und der Klotener Stadtrat Kurt Hottinger am 24. März 2019 neben Finanzdirektor Ernst Stocker zur Wahl antreten.

Rollstuhlfahrerin stirbt nach Unfall in Fehraltorf

rol. · Bei einem Verkehrsunfall zwischen einem Personwagen und einem Elektrollstuhl ist am Samstagmittag in Fehraltorf eine 69-jährige Frau tödlich verletzt worden. Laut Mitteilung der Kantonspolizei fuhr eine 29 Jahre alte Frau mit ihrem Personwagen auf der Allmendstrasse Richtung Zentrum. Auf der Höhe einer Bushaltestelle kam es aus noch ungeklärten Gründen zu einer Kollision mit der Fahrerin des Elektrollstuhls, die sich ebenfalls auf der Allmendstrasse befand. Beim Sturz auf den Boden verletzte sich diese schwer. Sie verstarb einige Stunden nach der Einlieferung ins Spital. Die Unfallursache ist noch unklar und wird von der Kantonspolizei Zürich und der Staatsanwaltschaft See/Oberland untersucht.

Historisches Boot der Faul-Werft gerettet

ak. · Die Stiftung Historische Zürichsee-Boote hat in den letzten Wochen Geld gesammelt für die Instandsetzung eines alten Dodge-Boots, das die Faul-Werft einst als Kopie eines noch älteren gebaut hatte. Die Spendensammlung ist nun von Erfolg gekrönt worden: Statt der 20 000 Franken kamen über 24 000 zusammen, wie der Stiftungspräsident Roger Staub mitteilt. Eine Privatperson hat sich mit 5000 Franken beteiligt, ohne dafür eine Gegenleistung zu verlangen. Mit dem gleichen Betrag hat sich eine Firma als Hauptsponsor in die Liste eingetragen. Die Boote der Stiftung werden in einer Art Sharing-System vergeben, allerdings nur an Kapitäne, die sich mit den historischen Booten vertraut gemacht haben.